

Ratsvorsitzender Dr. Meyer ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier führt aus, dass der Zustrom an Flüchtlingen so schnell nicht zurückgehen wird. Deshalb sollte man sich auf die Situation vorbereiten. Das Erstaufnahmelager Hesepe wurde bislang für die Quote des Landkreises Osnabrück angerechnet. Da dies demnächst alles Voraussicht nach nicht mehr so sein wird, ist mit einer steigenden Zahl an Flüchtlingen zu rechnen. Der Landkreis bietet den Kommunen dabei Unterstützung an, z.B. indem er finanzielle Mittel bereitstellt. Man muss nun weiter Vorbereitungen treffen, falls bald mehr Flüchtlinge kommen als kurzfristig Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Deshalb soll hier ein Beschluss gefasst werden. Dieser soll der Verwaltung mehr Handlungsspielraum zugestehen. Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier versichert weiter, dass alles dafür getan wird, um nicht auf öffentliche Immobilien und Turnhallen zurückgreifen zu müssen. Zudem teilt er mit, dass der Landkreis plant, eine zentrale Einrichtung zu schaffen, in der Flüchtlinge kurzfristig untergebracht werden können. Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier hält die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge weiter für den besten Weg, da so am ehesten soziale Kontakte geknüpft werden können.

Weiterhin tendieren die meisten Asylbewerber nach dem abgeschlossenen Verfahren dazu, in Ballungszentren zu gehen. Laut Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier sollen Lösungen erarbeitet werden, wie die Asylbewerber vor Ort gehalten werden können. Die Infrastruktur und der Arbeitsmarkt der Samtgemeinde bieten dafür gute Voraussetzungen.

Ratsherr Brummer-Bange spricht der Verwaltung der Samtgemeinde ein Lob aus, da sie im Rahmen der Flüchtlings- und Asylproblematik sehr aktiv, innovativ und engagiert arbeitet. Weiterhin lobt er die sehr engagierte Arbeit des Ehrenamts. Er spricht seine Freude darüber aus, dass auch die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Ehrenamt gut funktioniert. Auch Ratsherr Brummer-Bange spricht sich weiter für eine dezentrale Unterbringung aus und würde eine an allen Orten vergleichbare Unterbringung begrüßen. Er hält es für ratsam, pro 1000 Einwohner in allen Mitgliedsgemeinden eine gleiche Anzahl an Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern unterzubringen. Weiter teilt er mit, dass erfreulicherweise festzustellen ist, dass in allen Mitgliedsgemeinden nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht wird.

Danach fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss: